

Senat will bei Anliegern abkassieren

Autsch, Grundstücksbesitzer sollen in Zukunft für Gehwege und Parkbuchten ordentlich blechen

Berlin - Und wieder will der Senat den Berlinern tief in die Taschen greifen. Es geht um zehntausende Grundstücksbesitzer.

Sie sind die Opfer des gestern vom Senat beschlossenen Straßenausbau-Beitrags-Gesetz. Anlieger sollen danach an Kosten beteiligt werden, die "im Falle von Tiefbauarbeiten zur Verbesserung, Erweiterung und Erneuerung" ihrer Straße entstehen. Dazu zählen zum Beispiel breitere Gehwege und Parkbuchten. Schwacher Trost: Für alles müssen die Anlieger nicht bezahlen. Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD): "Kein Berliner wird für das Flickern von Schlaglöchern zur Kasse gebeten."

Die Kosten richten sich nach der Grundstücksgröße und Geschosshöhe des Hauses. Junge-Reyer: "Der Höchstsatz bei Anlieger-Straßen liegt bei 75 Prozent der Baukosten. In Härte-Fällen können die Beträge gestundet oder über 10 Jahre in Raten abgezahlt werden."

Der Chef des Petitions-Ausschusses, Ralf **Hillenberg** (SPD): "Das Land Berlin muss in strittigen Fällen nachweisen, dass es seiner Unterhaltungspflicht in den vergangenen 20 Jahren nachgekommen ist." Das Gesetz soll im Frühjahr in Kraft treten. Kleingärtner bleiben davon verschont.